

Geschichte

Skripte aus Geschichte für Fachabitur

10. Die Bundesrepublik Deutschland

[10.1 Die Entstehung der BRD](#)

[10.2 Die Ära Adenauer](#)

[10.3 Zeit der Großen Koalition](#)

[10.4 Zeit der sozialliberalen Regierung](#)

[10.5 Machtwechsel von 1982](#)

[10.6 Wiedervereinigung](#)

Inhalt Geschichte:

[1. Aufklärung](#)

[2. Anfang des 19. Jh.](#)

[3. Imperialismus](#)

[4. Industrielle Revolution](#)

[5. Arbeiterbewegung](#)

[6. Militarismus](#)

[7. Weimarer Republik](#)

[8. NS - Innenpolitik](#)

[9. NS - Außenpolitik](#)

10. BRD

[11. DDR](#)

[12. "Deutschland einig Vaterland"](#)

[13. Europa](#)

10. Die Bundesrepublik Deutschland

10.1 Die Entstehung der BRD

- Entnazifizierung: Nürnberger Prozesse 1945
- Fragebögen der Alliierten sollten Klarheiten verschaffen (Entlastete, Mitläufer, Minderbelastete, Belastete und Hauptschuldige)
- Bei den Amerikanern setzte sich schon Ende 1945 das Bewusstsein durch, dass das öffentliche Leben und die Wirtschaft wieder aufgebaut werden müssten (Stabilisierung der Verhältnisse in Westeuropa)
- Zusammenlegung des Englischen und Amerikanischen Sektors in die Bizone (1.1.1947) damit Hilfsgüter nicht von zwei verschiedenen Seiten kommen mussten - bessere Übersichtlichkeit. Später kam auch die französische Zone dazu.
- Einführung eines Wirtschaftsrates = erste parlamentarische Vertretung der Länder
- CDU und CSU mit Unterstützung der Liberalen setzten ihr Konzept von einer freien und sozialen Marktwirtschaft gegen die sozialdemokratischen Sozialisierungsbestrebungen durch
- Verwerfung des „Morgenthauplans“
- Durchsetzung des „Marshallplans“
 - Programm für den Wiederaufbau Europas (ERP)
 - Hilfsgelder, Rohstoffe und Fertigprodukte von Amerika (Care-Pakete)
 - soziale und wirtschaftliche Stabilität als Vorbeugung gegen kommunistische Ideen
 - für eine florierende Weltwirtschaft
 - um Amerika wirtschaftlich und politisch eine eindeutige Führungsrolle zu geben
- 18. Juni 1948 Währungsreform
 - statt Reichsmark - DM
 - jeder Einwohner erhielt zunächst 40 DM
 - Umwandlung: z.B. 100 alte Reichsmark in 6,50 DM
 - Übergangshilfe für Betriebe (nach Zahl der Beschäftigten)
- Gründung des Parlamentarischen Rats zur Ausarbeitung einer Verfassung
 - zuerst als Provisorium um die Spaltung Dt. nicht noch mehr zu vertiefen
- Grundgesetz das vorläufig die Staats- und Gesellschaftsordnung regeln sollte
 - Vorgaben der Westalliierten: Staat mit stark föderalistischem Aufbau: Länder sollten gegenüber der Zentralregierung ein bedeutendes Gewicht haben
 - Schwächen der Weimarer Republik sollten korrigiert werden durch:
 - Regierung und Kanzler sollten gegenüber dem neuen Parlament eine wesentlich stärkere Stellung einnehmen
 - Amt des Präsidenten als repräsentative Funktion
 - Rechtsstaatsgedanke: Verfassungsgericht soll über die Einhaltung des Grundgesetzes wachen

- vorgestellte Menschen- und Grundrechte zur Wahrung der Würde und Freiheit des einzelnen
- An die Stelle des direkten Einflusses des Volkes: Repräsentationsprinzip (Vertretung durch Abgeordnete, die nur ihrem Gewissen verpflichtet sind)
- Sozialstaatspostulat: der neue Staat als demokratischer und sozialer Rechtsstaat
- über eine Wiedervereinigung sollten alle Deutschen in freier Selbstbestimmung entscheiden
- 5%-Klausel um Splitterparteien fernzuhalten
- in Kraft treten des GG: 23. Mai 1949
- August 1949 Wahl des ersten Bundestages: Konrad Adenauer (CDU), Bundespräsident Theodor Heuss (Liberal)

10.2 Die Ära Adenauer

- Das System der Sozialen Marktwirtschaft
 - Der Staat war verantwortlich für eine gezielte Ordnungspolitik um die Sozialpolitik der Bürger zu sichern („soziales Netz“)
 - erst in der zweiten Hälfte der 50er Jahre wurde das Ziel der Vollbeschäftigung erreicht
 - Wirtschaftswunder unter Ludwig Erhard
 - niedrige Lohnquoten und hohe Arbeitszeiten: Produkte im Ausland billig
 - steuerliche Anreize
 - hohes Angebot an qualifizierten Arbeitskräften
- Sozialpolitische Grundsteine
 - sozialer Wohnungsbau
 - Lastenausgleichsgesetz: diejenigen, die zum Zeitpunkt der Währungsreform ein Vermögen von mehr als 5000 DM besaßen hatten mussten (verteilt auf die kommenden 30 Jahre) eine finanzielle Abgabe zugunsten derer leisten, die alles verloren hatten
 - System der sozialen Sicherung
 - Sozialversicherung
 - : Unfallversicherung
 - : Krankenversicherung
 - : Arbeitslosenversicherung
 - : Altersversicherung - dynamische Rente ab 1957
 - Generationenvertrag
 - Alterspyramide
 - Sozialversorgung (von Bund und Länder)
 - Sozialhilfe
 - Montanmitbestimmung (1951)
 - die Gewerkschaften setzten durch: in den großen Aktiengesellschaften der Stahl- und Bergbauindustrie sollten die Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichberechtigt sein (Parität)
- Zuerst ein Vierparteiensystem: CDU, SCU, SPD und FDP mit stärkster Kraft CDU
- SPD verabschiedete 1959 das Godesberger Programm
 - Wandlung von antikapitalistisch und sozialistischen Traditionen zu einer Volkspartei mit Bekenntnis zur Marktwirtschaft
 - klare Abgrenzung von kommunistischen Ideen
 - Ziel weiterhin ein demokratischer Sozialismus
- Politische Zielsetzung Adenauers:
 - Wiedergewinnung der außenpolitischen Handlungsfreiheit
 - Überwindung der deutschen Teilung
 - Sicherung des Friedens durch eine europäische Integrationspolitik: Westintegration
- Westintegration durch Unterzeichnung der Pariser Verträge 1954 abgeschlossen
 - volle Souveränität in der Außenpolitik
 - Beitritt zur Westeuropäischen Union
 - Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO
 - Volksabstimmung im Saarland
 - Anerkennung der Bundesrepublik als einzige deutsche Regierung durch die Westmächte

10.3 Zeit der großen Koalition

- Bezeichnung der BRD als „Kanzlerdemokratie“
- Spiegel-Affaire:
 - 1962 Erscheinen eines Artikels im Spiegel über die militärischen Probleme der NATO
 - Strauss (Verteidigungsminister) ließ wegen Verdachts auf Landesverrat den Herausgeber und mehrere Autoren verhaften und Redaktionsräume durchsuchen - Eingriff in die Pressefreiheit
 - Rücktritt Strauss, da sich erstmals die Öffentlichkeit empörte
- 1966 erste große Wirtschaftskrise
 - Kanzlernachfolger Erhard wusste keine Lösung
 - auf Betreiben H. Wehners: große Koalition der SPD mit der CDU/CSU unter Kanzler Kurt-Georg Kiesinger und Vizekanzler Willy Brandt (1966 - 1969)
 - Stabilitätsgesetz, Kreditaufnahme, Auftreten als Investor
 - keine wirksame Opposition mehr
- APO: Außerparlamentarische Opposition
 - Schüler und Studenten
 - gegen traditionelle Strukturen
 - Überwindung der „kapitalistischen Macht der Großunternehmen“
 - Demonstrationen, Sit-ins, Happenings
 - 1967 Demonstrant bei Demonstration gegen das Regime des Schahs erschossen
 - 1968 Erschießung Rudi Dutschkes
 - Gewaltaktionen
 - Spaltung der APO: Rote Armee Fraktion, andere Teile traten dann in die SPD und Grüne ein

10.4 Zeit der sozialliberalen Regierung

- Bundestagswahlen 1969: erster Machtwechsel - SPD und FDP
- Willy Brandt (Friedensnobelpreis 1971): „Mehr Demokratie wagen“ als Antwort auf die APO
 - Reformen von oben sollten die Radikalisierung brechen und die jungen Leute wieder in den Staat einbinden
 - Ausbildungsförderungsgesetz
 - grundsätzliche Neugestaltung des Schul- und Ausbildungswesens
 - Gesamtschulen, neu gestaltet Oberstufe)
 - Schulen demokratisieren
 - BaFöG
 - Betriebsverfassungsgesetz
 - höheres Maß an Mitbestimmung für die Arbeitnehmer
 - Ausbau des Systems der sozialen Sicherung
 - Ehe- und Familienrecht: weg vom Verschuldungs- auf das Zerrüttungsprinzip
 - Reformierung des Strafvollzugs
- Neue Ostpolitik
 - Entspannungspolitik: Versuch einer Aussöhnung mit dem Osten
 - Anerkennung der Oder-Neiße-Linie
 - „Wandel durch Annäherung“
 - Berlinabkommen 1971 und Grundlagenvertrag mit der DDR 1972
 - : Anerkennung der Regierung die durch den Zweiten Weltkrieg entstandenen Machtverhältnisse, somit Erleichterung für die Bewohner der DDR
- Rücktritt Brands wegen der Affaire Guillome
- Ab 1973/74 weltweite Wirtschaftskrise
 - Sturz des Dollar
 - Ölkrise
- Ab 1974 Helmut Schmidt
 - Sparpolitik gegen die Wirtschaftskrise
 - Politik der Nachrüstung - es formierte sich eine breite Friedensbewegung

10.5 Machtwechsel von 1982

- Abrücken der FDP von der SPD
- konstruktives Misstrauensvotum
- Wahl Helmut Kohls zum neuen Bundeskanzler
- Politik der CDU/CSU - FDP-Regierung:
 - Förderung von Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft
 - Reduzierung des Wohlfahrtsstaats
 - Sparpolitik auch im Sozialbereich

10.8 Wiedervereinigung

- politische Wende in der DDR und die „Revolution von 1989“
 - Sommer 1990 in Kraft Treten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion
 - Ende der sozialistischen Planwirtschaft
 - Übernahme der sozialen Marktwirtschaft in der DDR
 - Zusage zur Wiedervereinigung durch die westlichen Siegermächte und Gorbatschow
 - Einigungsvertrag (innerhalb von zwei Monaten ausgehandelt und unterschrieben)
 - 3. Oktober 1990 Beitritt der DDR zur BRD
 - Bundestagswahl: Mehrheit CDU/CSU + FDP